WerkstattGeschichte 14, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1996, S. 98-101

■ Sandrine Kott

La socio-histoire du politique: Eine neue Forschungsrichtung in Frankreich?

Bemerkungen anläßlich der Tagung »Verstaatlichung (étatisation) der französischen Gesellschaft«.

Im Frühjahr 1994 wurde in Frankreich von Angehörigen verschiedener Fachrichtungen (Jura, Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie), von Hochschullehrern und Wissenschaftlern, die mit sozialwissenschaftlichen Ansätzen Politikforschung betreiben, eine Vereinigung gegründet. Die *association pour la socio-histoire du politique* (SHIP) war geboren.[1] Sie soll diejenigen zusammenzuführen, die sich mit der sozialen Bedingtheit politischer Prozesse in der modernen Welt beschäftigen.[2]

Die Interdisziplinarität stellt eine wesentliche Dimension des Vereins dar. Er versteht sich vor allem als Schnittpunkt verschiedener Fachrichtungen im Rahmen eines präzise bestimmten intellektuellen Unternehmens: Die Sozialgeschichte des Politischen (socio-histoire du politique) wendet sich in Anknüpfung an die von den *Annales* begründete »histoire science sociale« gegen die traditionell organisationszentrierte Politikgeschichte. Zugleich will sie auch nichts mit dem gegenwärtigen Trend der Aufwertung des Politischen in der französischen Geschichtsschreibung zu tun haben, der die Geschichte der politischen Ideen tendenziell als Maßstab aller historischen Entwicklung interpretiert.[3] Und auch zu jener Form von Politikwissenschaft, die sich hauptsächlich der Aufarbeitung aktueller Fakten widmet, aber dabei langfristige Entwicklungen und damit die Entstehung gegenwärtiger Phänomene aus dem Blick zu verlieren droht, geht die »histoire politique du social« auf Distanz.

Mit diesen theoretischen Vorentscheidungen grenzt sich SHIP von den zur Zeit in den jeweiligen Fachdisziplinen vorherrschenden Richtungen ab. Der Verein hat daher auch die Funktion, einer Forschungsrichtung sichtbare Gestalt zu verleihen, die gerade durch ihre Verteilung auf verschiedene Fachdisziplinen immer minoritär zu bleiben verurteilt scheint. Darüberhinaus versteht er sich als Forum für die Konzipierung und Entwicklung von gemeinsamen Projekten, wovon das eigene *Bulletin d'information et de liaison* berichtet. In diesem Sinne entsteht zur Zeit eine Forschungsgruppe, die – nach dem Vorbild der von Reinhart Koselleck initiierten Begriffsgeschichte[4] – zur Sozialgeschichte der politischen Sprache arbeiten wird.

Ende Mai hat der Verein seine erste Fachtagung durchgeführt. Sie fand in Grenoble statt und wurde von Martine Kaluszinyki, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre d'étude et de recherche sur l'aménagement du territoire (CERAT) und Vorsitzende des Vereins, organisiert; ferner waren das Institut d'études politiques der Universität Grenoble und das Centre national de la recherche scientifique (CNRS) beteiligt. Sie bot erstmals Gelegenheit, die Tragfähigkeit des gemeinsamen wissenschaftlichen Anliegens zu erproben. Das angekündigte Thema »Die Verstaatlichung der französischen Gesellschaft« war in der Absicht gewählt worden, die Arbeitsschwerpunkte der beteiligten Wissenschaftler zu bündeln und zugleich zu symbolisieren. Mit diesem Vorstoß sollten weniger der Staat als starres zentrales Gebilde als vielmehr die »verschiedenen Logiken und Prozesse, die zu seiner Errichtung führen«, und die Prozeduren, in deren Folge er in den verschiedenen Bestandteilen der Gesellschaft bis hin zu jedem einzelnen Bürger praktisch wird, erfaßt werden.

Der erste Workshop war dem Problem der Genese verschiedener Kategorien staatlicher Interventionen gewidmet. Die vorgestellten Beiträge zeigten anschaulich die komplizierten Verknüpfungen zwischen sozialen Interessen und politisch-administrativen Eigengesetzlichkeiten auf, die die Etablierung neuer Bereiche staatlicher Eingriffe beeinflussen. Diese Problematik wurde anhand der Kulturpolitik (Vincent Dubois), der Schaffung einer Kommission für historische Denkmäler Ende des 19. Jahrhunderts (Yvon Lamy), der Anfänge des Landschaftsschutzes und der entsprechenden Gesetzgebung zu Beginn unseres Jahrhunderts (Philippe Veitl), der Sportpolitik im 20. Jahrhundert (Jacques Defrance) und der Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland um die Jahrhundertwende (Bénédicte Zimmermann) diskutiert.

»De l'administrativation à l'officialisation« war der zweite Workshop überschrieben, in dem es um den Ausbau des Staates unter dem besonderen Gesichtspunkt jener Vorstellungen und legitimierenden Normen ging, die soziales Verhalten regulieren sollen. Die »Offizialisierung« war einer der möglichen Wege in diesem Entwicklungsprozeß: Bestimmte Situationen und Individuen »offiziell machen« heißt, ihnen universelle Tragweite zuzuweisen. Dieser Aspekt wurde von Frédéric Caille in seinem Beitrag über die offiziellen Ehrenbezeichnungen im 19. Jahrhundert sowie des weiteren in Beiträgen über die »École libre des sciences politiques« (Rachel Vanneuville) und die »École nationale d'administration« (ENA) herausgearbeitet. Anhand dieser beiden Institutionen diskutierte man auch das Problem der Schaffung von Statuten und Regeln, die die »Anonymisierung« von Verhaltensweisen begründen oder beschleunigen. Derartige Vorgänge wurden unter dem provisorischen Neologismus »Administrativisation« (etwa »Verwaltungisierung«) zusammengefaßt, um den Weberschen Bürokratisierungs-Begriff zu vermeiden. Dazu kam es in besonderem Maße während der Dritten Republik, wie von Jean-Noël Retières am Beispiel der staatlichen Tabakindustrie, von Bruno Dumons und Gilles Pollet am

Beispiel der kommunalen Verwaltung und von Diedier Georgakakis am Beispiel des vergeblichen Versuchs, zwischen Juli 1939 und April 1940 eine staatliche Informationsbehörde, das Commissariat Général à l'information, zu errichten, beschrieben wurde.

Der dritte und vierte Workshop befaßten sich mit der im engeren Sinne sozialen Funktionsweise von Verstaatlichungs-Vorgängen. Der Workshop »Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft« ging von der Infragestellung der hergebrachten Unterscheidung zwischen diesen beiden Kategorien aus. Die Beiträge hoben vor allem die Notwendigkeit hervor, ihre wechselseitige Abhängigkeit zu untersuchen, da auch in der Zivilgesellschaft der Staat über den Umweg der sozialen Akteure präsent sei: Im Fall der Fabrikstadt von Le Creuset vermittelt durch die Unternehmer (Michel Offerlé), im Fall der Implementierung von Familienpolitik unter dem Vichy-Regime vermittelt durch Vereine (Michel Chauvière), oder, wie Martine Kaluszynski anhand der Debatte und Implementierung der Politik im Bereich des Strafvollzugs zeigte, vermittelt über soziale Netze. Dieses Eindringen des Staates konnte andererseits durch strukturelle oder organisierte Widerstände begrenzt werden, wie Christophe Dubois anhand eines katholischen Kirchenfestes in Lyon und Jean-Lous Briquet am Beispiel Siziliens Ende des 19. Jahrhunderts demonstrierten.

Der vierte und letzte Workshop hatte schließlich die Entstehung und den Wandel von Identitäten von Personen und Gruppen zum Thema.[5] Hier wurde nach den Veränderungen gefragt, denen Identitätsbildungen im Zuge von Verstaatlichungprozessen, wie sie in den vorangegangenen Workshops dargestellt worden waren, unterworfen sind. Die Logik der Face-to-face-Interaktionen werde dabei durch eine rechtliche Identität der Individuen ersetzt, die zu einer Komponente ihrer sozialen Identität werde (Francine Soubiran-Paillet). Diesen Vorgang müsse man sich nicht notwendigerweise als mit Zwang verbunden oder als nur durch den Staat zu verordnen vorstellen, er konnte durchaus auch, zum Beispiel von einem Republikaner wie Michelet, als ein Element der Demokratisierung der Gesellschaft wahrgenommen werden (Gérard Noirel). Die Beiträge von Sophie Wahnich über die Identität von Ausländern während der Französischen Revolution, von Sandrine Kott über die schriftliche Erfassung der deutschen Gesellschaft im Zusammenhang mit der Sozialgesetzgebung im 19. Jahrhundert und auch die von Damien Deschamps über die Problematik des zivilen Status christlicher Gemeinden französischer Einrichtungen in Indien veranschaulichten diesen Prozess, verdeutlichten aber zugleich seine Begrenztheit. Die Beiträge von Alain Bancaud über die Richterschaft und von Olivier Ihl über Distinktion und zivile Rangunterschiede im Frankreich des 19. und 20. Jahrhundert betonten in Anknüpfung an die Überlegungen des zweiten Workshops hingegen Phänomene der »Ver-Amtlichung« und der Etablierung eines »Staats-Adels«.

Unter den vier Disziplinen war die Politikwissenschaft am stärksten vertreten, am schwächsten die Rechtswissenschaft. Diese Vielfalt hat den Dialog nicht behindert, eher im Gegenteil. Dennoch zeigte sich in den Beiträgen zugleich die Beständigkeit des jeweiligen disziplinären Selbstverständnisses. So unterstrichen die Historiker gegenüber den anderen Fachwissenschaften die Bedeutung zeitlicher Brüche und Differenzierungen sowie insbesondere die Notwendigkeit einer systematischen Quellenkritik in einem Bereich, in dem die Konstitution des Quellenkorpus oftmals fragwürdiger Natur ist. Im Gegenzug zeichneten sich die Politologen durch die Konstruktion globalisierender Interpretationsmodelle aus. Dennoch, so der Eindruck, ergänzten sich beide Ansätze.

Drei Fragestellungen zogen sich quer

durch die Beiträge und Debatten. Zunächst wurde der Begriff der »Verstaatlichung« selbst infragegestellt. Insbesondere in den Beiträgen über Deutschland (Zimmermann, Kott) wurde vorgeschlagen, ihn durch den der »Nationalisierung« zu ersetzen, da diese Bezeichnung eher dem doppelten Prozeß der Vereinheitlichung von Regeln auf einem Territorium, das sich »nationalisiert«, und der Aufrechterhaltung, wenn nicht Stärkung lokaler, insbesondere kommunaler Machtstrukturen Rechnung trägt. Diese erste Frage war direkt verbunden mit einem zweiten Problem: der Betrachtungsebene des Nationalisierungsprozesses. Dabei ging es in der Diskussion um die Notwendigkeit sich über die Arten der Verknüpfung zwischen lokaler und nationaler Ebene und den Grad der relativen Eigenständigkeit beider im Verhältnis zueinander Gedanken zu machen. Ein drittes Problem stellten die Schwierigkeiten dar, die Grenzen zwischen öffentlicher und privater Sphäre zu beschreiben und zu definieren. Damit verbunden ist die Frage nach der Stellung der Frauen in derartigen Analysen. Leider konnten die in allen Beiträgen auftauchenden Problemstellungen aus Zeitmangel nicht angemessen diskutiert werden.

Desgleichen ist zu bedauern, daß der Versuch, auch außerfranzösische Bezüge (Deutschland, Italien, Indien) stärker miteinzubeziehen, kaum dazu beigetragen hat, die Debatte wirklich zu bereichern und durch neue Gesichtspunkte zu erweitern. Dieses relative »Scheitern« ist aber zugleich mit einer strukturellen Schwierigkeit verbunden, auf die von den »ausländischen« Teilnehmern hingewiesen wurde. Sie können nicht mit dem impliziten Vorwissen der Zuhörer rechnen. Die Notwendigkeit, ausführlich in den jeweiligen Kontext einzuführen, überfrachtet die Präsentation und verstellt den Blick auf die theoretische Problematik. Dadurch wird die thematische Einführung verzögert, für die dann nur noch im Zusammenhang mit jenen unentbehrlichen Diskussionen Raum ist, die dem Vergleich der »Modelle« unterschiedlicher Entwicklung gewidmet sind. Dennoch unterstreichen auch diese Einschränkungen die Notwendigkeit, die Reflexion und den Dialog, der schon jetzt zu sehr ermutigenden Ergebnissen geführt hat, zu vertiefen.

(Übersetzung von Thomas Lindenberger)

Anmerkungen

1 S. den Schwerpunkt »Histoire politique, histoire du politique«, in: Genèses 20 (1995). Das Projekt SHIP steht dieser seit September 1990 herausgegebenen Zeitschrift sehr nahe. Die stellvertretenden Vorsitzenden Gérard Noiriel und Michel Offerlé sowie der Schatzmeister Yvon Lamy gehören zugleich der Redaktion von Genèses an.

2 Die dem Verein als Mitglieder angehörenden Wissenschaftler arbeiten überwiegend über Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. Es wird jedoch eine Öffnung hin zu nicht-französischen Themen und zu davorliegenden Epochen angestrebt.

3 S. dazu die Richtigstellung von Gérard Noiriel, Pour une approche subjectiviste du social [Für einen subjektivistischen Ansatz in der Sozialforschung], in: Annales ESC, 6 (1989), S. 1435-1459, und ders., Une histoire sociale du politique est-elle possible? [Kann es eine Sozialgeschichte des Politischen geben?], in: Viengtième siècle revue d'histoire, 24. Oktober 1989, S. 81-96.

4 Im Original deutsch, d. Ü.

5 S. dazu auch den Schwerpunkt »Identification« in: Genèses 13 (1993).